

## Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Wahlen zu den Volksvertretungen der Deutschen Demokratischen Republik

— Wahlgesetz — vom 3. März 1989

Das Gesetz vom 24. Juni 1976 über die Wahlen zu den Volksvertretungen der Deutschen Demokratischen Republik — Wahlgesetz — (GBl. I Nr. 22 S. 301) in der Fassung des Gesetzes vom 28. Juni 1979 zur Änderung des Wahlgesetzes (GBl. I Nr. 17 S. 139) wird wie folgt ergänzt:

### Paragraph 1

Im Paragraph 3 wird als Absatz 3 eingefügt:

„(3) Zu den Kreisräten, Stadtverordnetenversammlungen, Stadtbezirksversammlungen und Gemeindevertretungen können auch ausländische Bürger wählen, wenn sie am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben, sich bereits länger als 6 Monate in der DDR aufhalten und in dem betreffenden Kreis, der Stadt, dem Stadtbezirk oder der Gemeinde ihren Wohnsitz haben sowie — eine Aufenthaltsgenehmigung aufgrund eines Arbeitsverhältnisses mit Kombinatbetrieben, Genossenschaften oder Einrichtungen der DDR oder eines Studiums an einer Universität, Hoch- oder Fachschule der DDR besitzen oder — sie aufgrund einer Aufenthaltserlaubnis ihren ständigen Wohnsitz in der DDR haben.“

### Paragraph 2

(1) Im Paragraph 4 wird als Absatz 2 eingefügt:

„(2) In die Kreisräte, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen können auch ausländische Bürger unter den im Paragraph 3 Absatz 3 genannten Voraussetzungen gewählt werden.“

(2) Der bisherige Text des Paragraph 4 wird Absatz 1.

### Paragraph 3

Dieses Gesetz tritt am 6. März 1989 in Kraft.

## Ausdruck des Einbezogenenseins



### Meine Meinung zum kommunalen Wahlrecht für Ausländer

Raschid Gasoo, VDR Jemen, B-Aspirant an der Sektion Wirtschaftswissenschaften der KMU:

Der Beschluß der Volkskammer über das kommunale Wahlrecht für ausländische Bürger bringt erneut den humanen Charakter des sozialistischen deutschen Staates zum Ausdruck. Er bedeutet für mich, völlig in das politische und gesellschaftliche Leben der DDR einbezogen zu sein. Zugleich zeigt sich, wie im Sozialismus Menschenrechte verwirklicht werden, während in einigen westlichen Ländern der Ausländerhaß geschürt wird. Ich lebe seit 1978 in der DDR, habe studiert, promoviert und dabei die Entwicklung des Landes interessiert verfolgt. Ich bin beeindruckt, wie sich in diesem Jahrzehnt das Lebensniveau der Menschen verbessert hat. Die ausländischen Studenten und Wissenschaftler sind in Lehre und Forschung völlig gleichberechtigt, erhalten das gleiche Stipendium bzw. Gehalt und können am wissenschaftlichen wie gesellschaftlichen Leben aktiv teilnehmen.

# UZ-Interview zum Thema Wahlrecht für unsere ausländischen Mitbürger

## Gleichberechtigte Stellung in der Gesellschaft weiter ausgebaut

In der DDR gibt es keinerlei Nährboden für Ausländerfeindlichkeit und Rassenhaß

UZ: Warum wurde gerade zum jetzigen Zeitpunkt die Ergänzung zum Wahlrecht, betreffend unsere ausländischen Mitbürger, beschlossen?

Prof. Mühlmann: Seit der Gründung unserer sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik vor nunmehr fast vierzig Jahren stehen wir in einer langen Traditionslinie des Antifaschismus und Humanismus. Unsere ausländischen Mitbürger, deren Anzahl in den vergangenen Jahren stetig gewachsen ist, nehmen eine gleichberechtigte Stellung, die ausschließlich an die Staatsbürgerschaft DDR gebunden sind, wie zum Beispiel das Recht und die Pflicht zur Vaterlandsverteidigung.

Die Zuerkennung des kommunalen Wahlrechts ist ein weiterer Schritt gleichberechtigter Behandlung der Ausländer. Damit erhalten sie die Möglichkeit, auf einem Gebiet, das Probleme betrifft wie uns DDR-Bürger auch, seien es Versorgungsfragen, Dienstleistungen, kulturelle Belange oder andere, mitzubestimmen. Zum anderen leisten sie durch die Mehrung des National-

sen, auch ein Faktor unserer Überlegungen im Rechtsausschuß der Volkskammer waren. Denn es gilt, daß Zeichen gesetzt werden gegen diese Entwicklung.

UZ: Was ist aus Ihrer Sicht als Absolvent an unserer Universität zu tun?

Prof. Mühlmann: Jetzt kommt es darauf an, die ausländischen Bürger, vor allem die Studenten, mit dem Wahlgesetz sowie den Zielen der Wahl, wie sie im Auftrah des Nationalrates der Nationalen Front formuliert sind, vertraut zu machen. Vor allem das Prinzip des breiten Bündnisses, wie es auf den Kandidatenlisten der Nationalen Front zum Ausdruck kommt, ist zu vergewissern. Auch sind die Stellung der örtlichen Volksvertretungen, die Rechte und Pflichten der Abgeordneten auf kommunaler Ebene zu erläutern. Wahlprinzipien und wahlrechtliche Grundlagen unterscheiden sich zudem deutlich von bürgerschaftlich-parlamentarischen Vorstellungen.

Unterstützen möchte ich auch den Gedanken, die Ergänzung des Wahlgesetzes zu nutzen, unseren Bürgern verstärkt Sinn und Zweck des Hießeins von Ausländern zu erläutern (siehe UZ/10, Seite 1 und 3 — J. S.).

UZ: Wie ist der Weg für unsere ausländischen Studierenden bzw. Wissenschaftler, wenn sie am 7. Mai wählen oder noch auf die Kandidatenliste gelangen wollen?

Prof. Mühlmann: Der ausländische Mitbürger muß sich — im Gegensatz zum DDR-Bürger, der das Kraft Amtes bereits ist — in die Wählerlisten eintragen lassen. Die Teilnahme an der Wahl erfolgt wie für DDR-Bürger auf völlig freiwilliger Basis und unter Respektierung der Treupflichten gegenüber dem Heimatland. Bei Wahrnehmung des passiven Wahlrechts möchte an einen Mandatsträger wie den FDGB oder an die FDJ, mit dem Wunsch, als Volksvertreter tätig zu sein, herangetreten werden. Andererseits werden auch die Mandatsträger mit gesellschaftlich aktiven ausländischen Mitbürgern über eine mögliche Kandidatur ins Gespräch kommen.

(Das Gespräch führte JÜRGEN SIEWERT.)

### Unser Gesprächspartner:



Prof. Dr. sc. Manfred Mühlmann (NDPD), Vizepräsident des Nationalrates der Nationalen Front und 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Verfassungsausschusses der Volkskammer, begründete vor der Volkskammer die Ergänzung des Wahlgesetzes.

Foto: UZ-Archiv (ZFF)

lung in der Gesellschaft ein. Sehr deutlich kommt dies zum Tragen in dem von der Volkskammer bereits vor zehn Jahren beschlossenen sogenannten Ausländergesetz. Es legt eindeutig fest, daß diese Bürger gleiche Rechte und Pflichten haben wie diejenigen mit DDR-Staatsbürgerschaft — dafür ausgenommen sol-

einkommens selbst einen Beitrag zur bedürfnisgerechten Entwicklung kommunaler Prozesse.

Ich möchte nicht unerwähnt lassen, daß bestimmte Tendenzen in der BRD und Berlin (West), die eine Zunahme des Neonazismus, einhergehend mit Ausländerfeindlichkeit und Rassenhaß, erkennen las-

sen, vorzeitig exmatrikulieren. Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß die Leiter der Lehrkollektive in Zusammenarbeit mit dem stellv. Direktor Erziehung, Aus- und Weiterbildung in vielen Fällen bestrebt waren, für die Anfertigung der Diplomarbeit nach Möglichkeit solche Aufgaben zu vergeben, die in der Heimat der betreffenden Diplomanden von Relevanz sind. Es ist daher kein Zufall, wenn nach Rückkehr der Absolventen in die Heimat der Kontakt zur Sektion in den meisten Fällen nicht abgebrochen ist. Seit jeher widmete die Sektionsleitung große Aufmerksamkeit der Vorbereitung und der Pflege von Nachkontakten. Mit Freude wird registriert, wenn

Als im Jahre 1968 die Sektion Biowissenschaften gegründet wurde, verabschiedeten wir Herrn Montero aus Venezuela als Diplombiologen. In den folgenden zwei Jahrzehnten bildeten wir 34 Studenten zu Diplombiologen, Diplom-Biochemikern und eine Studentin zur Diplom-Lehrerin aus. Es waren Vertreter aus 20 Ländern: Venezuela, Kolumbien, Nicaragua, Guatemala, Sri Lanka, VDR Laos, Afghanistan, Mail, Republik Guinea, Demokratische Republik Sudan, VDR Jemen, Kenia, Griechenland, Zypern, Frankreich, UdSSR, UVR, BVR und MVR, 18 Aspiranten (Vertreter aus Ägypten, Syrien, Mail, Griechenland, Tansania, MVR Vietnam, BVR) fertigten ihre experimentellen Arbeiten im Rahmen der Dissertation an und promovierten.

Stets galt die besondere Aufmerksamkeit den Studenten im ersten Studienjahr, wo nicht ausreichende Deutschkenntnisse in einigen Fällen das Aufnehmen der Fachkenntnisse erschwerte. Der Zusammenarbeit mit den Lehrkräften der Deutschsprachigen Schulen war große Bedeutung bei. Wir waren bestrebt, die ausländischen Freunde rasch in die Seminargruppen einzubeziehen und sie auch in der außerunterrichtlichen Zeit so zu betreuen, daß sie sich an der Sektion, in Leipzig und in der DDR wohl fühlen. Unser Motto lautete und lautet: Jeder Absolvent kehrt in seine Heimat als Fachkader mit hohem Wissen und experimentellen Fähigkeiten und als Freund der DDR zurück. Wir meinen, die Arbeit war erfolgreich. Zwei Beispiele seien genannt. Für seine ausgezeichneten Ergebnisse im Rahmen der Diplomarbeit „Herstellung monoklonaler Antikörper gegen humane Mononukleären (MNV)“, die Herr Baharji (Übersetzung) (MVR) auf der 4. wissenschaftlichen Konferenz junger Biologen in der DDR im September 1987 und auf der 16. Zentralen Leistungsschau der Studenten und jungen Wissenschaftler vorstellte, erhielt er einen Preis des Ministers für Hoch- und Fachschulwesen und die Medaille „Für hervorragende Leistungen in der MMM-Bewegung“.

Herr Awad Osman (DR Sudan) wurde mit dem Allende-Stipendium ausgezeichnet. Er war ein Student, mit dem auf Grund seiner sehr guten Kenntnisse ein Sonder-Studienvertrag abgeschlossen wurde. Dadurch konnte er sich zusätzliches Wissen auf dem Gebiet der medizinischen Pathobiochemie aneignen.

Einen wesentlichen Anteil im Rahmen der außerunterrichtlichen Betreuung hatten die jährlich durchgeführten Mehrtags-Exkursionen für alle ausländischen Studierenden. Beliebte Ziele waren u. a. Rostock, Stralsund, Potsdam und Eisenach. Auch eine Fahrt ins Erzgebirge in der Vorweihnachtszeit fand großen Anklang. Auf diesen Exkursionen hatten die Vertreter aus den verschiedenen Ländern und den verschiedenen Studienjahren beste Gelegenheit, sich untereinander kennenzulernen. Es gab interessante und anregende Diskussionen. Ähnlichen Zweck erfüllten gemeinsame Theaterbesuche, Neben persönlichen Einladungen seitens der Wis-

## In den meisten Fällen brach Kontakt nicht ab

Ausländerstudium an der Sektion Biowissenschaften mit bereits 20jähriger Tradition und 34 Diplomten.

sen, unsere Absolventen wichtige Positionen in ihren Heimatländern erreichten und wenn diese Absolventen stolz auf ihre Ausbildung an der KMU sind und dies auch offen bekennen. Auch hier sei ein Beispiel angeführt. Dr. L. M. Touré (Mail), der in der Zeit von 1964 bis 1973 an unserer Sektion studierte und promovierte, nimmt nicht nur in seinem Heimatland führende Stellungen ein. Er ist ein international anerkannter Fachwissenschaftler. Die Universität Lausanne (Schweiz) verlieh ihm 1978 die Ehrendoktorwürde. Herr Dr. Touré ist Experte der WHO für antibakterielle und antivirale Stoffe und schon seit vielen Jahren Forschungsdirektor der OCCGE (Organisation de Coordination et de Coopération pour la lutte contre les Grandes Endémies), z. Z. mit Sitz in Ngakhebt (I. R. Mauretanien). Seiner Initiative ist es u. a. zu verdanken, daß in Mali eine Vereinigung der DDR-Absolventen gegründet wurde. Den Aufgaben im Rahmen des Ausländerstudiums mit all ihrer Spezifik werden die Partei- und Sektionsleitung auch im kommenden Studienjahr die gleiche hohe Aufmerksamkeit widmen wie bisher.

Doz. Dr. sc. I. FROMMHOLD, Beauftragte f. Ausländerstudium an der Sektion Biowissenschaften



## Was wir in den vergangenen Jahren geschaffen haben, kann sich sehen lassen

### Heute: die Bilanz des Herder-Institutes der KMU

Am Herder-Institut erhielten in den letzten Jahren im Durchschnitt jährlich 500 ausländische Studierende eine Ausbildung im Vorbereitungstudium. An dieser im DDR-Hochschulwesen einmaligen Bildungstätte, die 1966 ihr 30-jähriges Bestehen feierte, wurden bisher über 22.000 ausländische Studierende ausgebildet.

Hinzu kommen vielfältige Formen der Weiterbildung für aus-

ländische Kursteilnehmer aus aller Welt, wie der seit 22 Jahren durchgeführte Internationale Hochschullehrerkurs für Germanisten (IHFK), der seit 1981 jährlich stattfindende fünfmonatige Kurs für Hochschullehrer und Deutschlehrer aus sozialistischen Ländern, Landesdeutsche Studierende ohne Sprachunterricht und anderes mehr.

Foto: UZ-Archiv (ZFF)



## Friedenswillen am Frauentag bekundet

An der diesjährigen Friedenskundgebung am 6. März in der Leipziger Information anläßlich des Internationalen Frauentages nahm eine Delegation von ausländischen Studierenden an der KMU unter Leitung von Noxhail Filipe (4. Studienjahr an der Sektion Psychologie) aus Südafrika teil. Die Delegation übermittelte Komplexgrüße und Glückwünsche der Frauen ihrer Heimatländer, die in den vorderen Reihen im Kampf gegen Apartheid, Zionismus, Kolonialismus und Neokolonialismus stehen.

Text und Foto: GOZBAJAR RENZENDORSCHE

## Kandidaten, denen unser Vertrauen gehört

### Stets ein offenes Ohr für die Anliegen der Bürger haben

Dr. Sigrun Kabisch, Sektion Wissenschaftl. Kommunismus, stellt sich erneut zur Wahl für die Gemeindevertretung Röpitz

Am 7. Mai zu den Kommunalwahlen kandidierte ich als Volksvertreterin in der Gemeinde Röpitz für die zweite Wahlperiode. Als Mandatsträger der SED habe ich vor den Genossen meiner APO Rechenschaft über die in der vergangenen Wahlperiode geleistete Arbeit abgelegt.

Um als Volksvertreterin seinen Aufgaben gerecht zu werden, nämlich im wahrsten Sinne des Wortes das Volk zu vertreten, muß man stets ein offenes Ohr für die Anliegen und Probleme der Bürger des Territoriums haben. Sachkundige, exakte Antworten auf Anfragen der Bürger sind eine wesentliche Grundlage für eine Vertrauensbasis zwischen den Bürgern und den gewählten Volksvertretern.

Elementare Fragen des täglichen Lebens bestimmen die Arbeit der Volksvertreter. Für Bürger, die nicht im Territorium wohnen oder es nicht kennen, erscheinen manche Probleme nicht gerade spektakulär. Aber für die Einwohner haben sie höchste Bedeutung. Beispielsweise ist die Beseitigung eines schlechten Straßenzustandes in einem Ortsteil oder die Erhaltung der 8-Klassen-Oberschule im Ort bisher existierte eine achtklassige OS, die entweder auf eine 4-Klassen-Teil-OS reduziert oder auf eine 10-Klassen-OS aufgestockt werden soll) von großem Interesse für die Bevölkerung.

Da für eine Reduzierung der Schule keine für die Einwohner akzeptablen Alternativen gefunden werden können, setzen sie sich für die Erhaltung und Aufstockung der Schule ein. Hier erwächst für die Gemeindevertretung die Aufgabe, die Interessen der Bürger der Gemeinde Röpitz vor dem Rat des Kreises zu vertreten und mit überzeugenden Argumenten für die Erhaltung und Erweiterung der Schule zu kämpfen.

Natürlich sind nicht alle Ideen und Vorschläge realisierbar. Dennoch müssen sich Volksvertreter Verbündete suchen und mit ih-

nen gemeinsam anstehende Probleme lösen. Noch zu oft werden Fragen gestellt, ohne daß darauf verbindliche Antworten gegeben werden. Noch zu oft wird auf „andere“ gewartet, die kritikwürdige Zustände verändern.

In einer Gemeinde von einer Größenordnung, für die ich kandidiere (828 Einwohner), kennt man fast jeden Bürger persönlich. Das ist ein großer Vorteil. Hier stecken Potenzen, die man durch gute Organisation nutzen muß. Viele Bürger sind bereit, mitzuhelfen, um ihren Wohnort angenehmer zu machen. Diese Reserven müssen noch mehr genutzt werden. Gerade hier haben die Volksvertreter ein weites Aufgabengebiet.

In der vergangenen Wahlperiode habe ich in der Kommission Wohnunge- und Sozialwesen mitgearbeitet. Als Volksvertreter bin ich gleichzeitig im Elternrat aktiv unseres Kindergartens tätig.

Die Wohnungsvergabe, eine volle Ausnutzung vorhandener Wohnräume, die Nutzung und Erhaltung privater Wohngebäude und der Abriss nicht erhaltungswürdiger Wohngebäude gehören zu den inhaltlichen Schwerpunkten in der Kommissionsarbeit. Die schrittweise Veränderung und Verbesserung der Wohnbedingungen ist auch in meiner Gemeinde zu verzeichnen, wobei es noch viele Vorhaben gibt.

Als Volksvertreterin sind wir aufgerufen, noch zielstrebig und konsequenter für die Durchsetzung unserer Beschlüsse zu kämpfen. Für die Bürger im Territorium zählen nur sichtbare und spürbare Veränderungen im Ortsbild. In der kommenden Wahlperiode werde ich voraussichtlich im Rat der Gemeinde mitarbeiten. Dadurch wird sich meine Verantwortung als Volksvertreterin noch erhöhen, weil der Rat der Gemeinde als leitendes Organ der Gemeindevertretung unmittelbar für die geleistete Arbeit im Territorium rechenschaftspflichtig ist.